

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 108 (2014)
Heft: 7-8

Artikel: Katholisch Zürich : 50 Jahre staatliche Anerkennung der katholischen Körperschaft - Anmerkungen zum Jubiläumsbuch
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-514122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Katholisch Zürich

50 Jahre staatliche Anerkennung der katholischen Körperschaft – Anmerkungen zum Jubiläumsbuch

Zürichs KatholikInnen konnten im letzten Sommer das Jubiläum ihrer «staatlichen Anerkennung» 1963 feiern. Mit etwas Verspätung ist das Buch zu diesem Anlass erschienen. Willy Spieler, ehemaliger Redaktor der Neuen Wege, hat einiges von dieser Geschichte freilich anders in Erinnerung. Vor allem die Auseinandersetzungen mit den staatskirchlichen Organen in den 1970er Jahren würden ausgeblendet, wenn nicht schönfärberisch verdrängt.

Der Weg in die «katholische Enge»

Das Buch «Katholiken im Kanton Zürich, eingewandert, anerkannt, gefordert» – hervorragend gestaltet, mit eindrücklichem Bildmaterial ausgestattet und gut lesbar – greift historisch weit zurück bis in die Zeit der Helvetik. Dass die Anfänge katholischer Kirchgemeinden im protestantischen Kanton Zürich der Französischen Revolution geschuldet waren, wird für einmal nicht unterschlagen, wie auch die liberalen KatholikInnen des 19. Jahrhunderts eine weit positivere Würdigung erfahren, als uns die apologetische Geschichtsschreibung des Milieukatholizismus noch bis vor kurzem weismachen wollte. Der liberale Zürcher Pfarrer Robert Kälin wird als «Glücksfall» bezeichnet, und aus einem Nachruf im «Republikaner» wird zitiert, Kälin habe «dem Katholizismus in Zürich durch seine Freisinnigkeit mehr genützt, als es fanatische Beschränktheit hätte tun können» (S. 34f.).

Es gab damals auch einen «Verein freisinniger Katholiken», der 1873 die katholische Kirchgemeinde Zürich dazu bewegte, das päpstliche Unfehlbarkeitsdogma abzulehnen und die Geistlichen zu verpflichten, es nicht zu verkünden. Diese betrachteten sich darauf nicht mehr als Seelsorger ihrer Kirchgemeinde, die sich schon bald der altkatholischen Bewegung anschloss. Dass mit dem Konfessionswechsel der Gemeinde auch die Augustinerkirche der römisch-katholisch verbliebenen Minderheit verloren ging, wurde für «Katholisch Zürich» zum «Trauma», das sich nie mehr wiederholen durfte. Darum gehören die kirchlichen Gebäude seither mit wenigen Ausnahmen sogenannten Pfarrkirchenstiftungen, die der Oberaufsicht des Churer Bischofs unterliegen, der auch ihre Mitglieder ernennt. An diesem wenig demokratischen und nach der öffentlich-rechtlichen Anerkennung erst recht systemwidrigen Konstrukt scheint niemand mehr Anstoss zu nehmen.

«Katholisch Zürich» begann sich

nach 1873 neu zu formieren, es wuchs und stellte sich demonstrativ zur Schau. So entstanden immer mehr Kirchen, die vom Bischof mit allem klerikalen Pomp eingeweiht wurden, begleitet von einem Heer von Vereinsfahnen, Blasmusik und der Schar der Gläubigen. Der 1877 zum Pfarrer ernannte Karl Reichlin «dachte sogar an eine Kathedrale mit Platz für dreitausend Gläubige beim Bellevue in Zürich» (S. 74). Das Erstarken des römischen Katholizismus mit seiner Verbands- und Subkultur bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts erhält im Buch eine unnostalgisch nüchterne Darstellung. «Katholisch-Sein war eine Lebensform, und wir stellten uns die Lebensformen der Protestanten ganz anders vor, was umso leichter war, als wir mit ihnen nach Möglichkeit nicht verkehrten», schreibt der aus einer bekannten Zürcher Familie stammende und in Deutschland lebende Soziologe Franz-Xaver Kaufmann in einem brillanten Essay. Der Autor erinnert sich auch an «das Gefühl einer ‹Katholischen Enge›», wie es die «Spätzeit des Pontifikats Pius' XII.» noch geprägt habe (S. 95f.).

Leider wird der katholische «Anti-Sozialismus» jener Zeit nicht ebenso kritisch reflektiert, obschon auch er mit diesem «Nicht-verkehren-Wollen» zusammenhing. Sonst hätten Zürichs Katholikinnen und Katholiken in der sozialistischen Arbeiterbewegung weit mehr christliche Substanz entdecken können, als das amtskirchlich verordnete Feindbild in Sozialenzykliken und Hirtenbriefen propagierte. Ganz unkritisch vermeldet dieses Buch noch immer: «Die Kirche musste sich für die Interessen der Arbeiter einsetzen, um sie nicht an die sozialistischen Organisationen zu verlieren.» (S. 78) Oder: «Die Erfolge und Anziehungskraft der sozialdemokratischen Bewegung forderten eine stärkere Einbindung der katholischen Arbeiter.» (S. 81) So werden eigene «Gewerkschaft und Partei» nicht als

Spaltung der Arbeiterklasse gesehen, sondern noch im Nachhinein legitimiert, als ob sie eine Notwendigkeit gewesen wären, um den Abfall der katholischen ArbeiterInnen vom Glauben zu verhindern.

Auch «die öffentlich-rechtliche Anerkennung der katholischen Kirche» 1963, so heisst es, könne die damalige christlichsoziale Partei «als ihren Erfolg betrachten» (S. 104). Als Zeitzeuge hatte ich eher den Eindruck, dieser «Erfolg» sei damals nicht wegen, sondern trotz des politischen Katholizismus möglich geworden. So meinte der damalige NZZ-Redaktor und spätere Stadtrat Ernst Bieri unter dem Titel «Ein Wort zum Verhältnis ‹Freisinn-KK›» (NZZ 24.11.1960), dass nichts so sehr den berechtigten Anliegen des Zürcher Katholizismus schade wie die Tatsache, dass diese stets zu einer christlichsozialen «Parteiangelegenheit» gemacht würden. Und weiter: «Die grössten Schädlinge an der Stellung der Kirche sind heute nämlich jene konservativen und christlichsozialen Publizisten, die von Toleranz und Gerechtigkeit gegenüber dem Katholizismus *sprechen* und den politischen Gewinn ihrer Partei *meinen*.» Womit Bieri für einmal Recht hatte. Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien und mit Zweidrittelmehrheit auch der SP des Kantons Zürich zum «Gesetz über das katholische Kirchenwesen» hatte weit mehr mit der Zeitenwende unter Johannes XXIII. und der freien Konzilsluft zu tun als mit den selbsternannten Siegern der damaligen Abstimmung.

Staatskirchliche Schönfärbereien

Mit der Erzählung, wie dann die staatskirchlichen Strukturen zu funktionieren begannen, wie vor allem die Zentralkommission als kantonale Exekutive nur Gutes bewirkte, auch wenn ihr noch kein Kirchenparlament gegenüberstand, übersieht oder übergeht das Buch nun allerdings die damals alles andere als uningeschränkte Zustimmung des Kir-



Alfred Borter, Urban Fink, Max Stierlin, René Zihlmann, Katholiken im Kanton Zürich, eingewandert, anerkannt, gefordert. Herausgegeben von Synodalrat und Generalvikar anlässlich des Jubiläums, Zürich 2014. 292 Seiten, Fr. 37.90.

chenvolkes. Viele hatten den Eindruck, die neuartigen Kirchenoberen, die am Geldhahn sprudelnder Kirchensteuern sassen, würden an den Zeichen der Zeit vorbeiregieren und ihre Macht zu wenig für die echten Bedürfnisse der Kirche einsetzen. An die aufkommende Opposition, die sich schliesslich in einer «Aktion für Demokratie in der Kirche» organisierte, verschwendet dieses Buch keine müde Zeile, ob aus Unwissenheit, Verdrängung oder bewusstem Totschweigen, kann hier dahingestellt bleiben.

Ich bin natürlich auch Partei – und bin es im Rückblick auf die damalige «Aktion für Demokratie in der Kirche» und die zeitlich vorangehenden «Progressiven Katholiken» noch so gern. Von ihnen führt schliesslich eine direkte Linie zu den «Christen für den Sozialismus», die 1977 die *Neuen Wege* zusammen mit der «Religiös-sozialen Vereinigung» weiterführten und vor dem Ende bewahrten.

Wir waren skeptisch gegenüber dem «Beton-Exhibitionismus», jenem Bauboom an Kirchen und Pfarreizentren, den die Wende von 1963 ausgelöst hatte. Einen heftigen Abstimmungskampf, bei dem die «Progressiven Katholiken» nur knapp unterlagen, gab es zum Beispiel um ein Pfarreizentrum in Zürich-Höngg, dem eine erst 30-jährige Kirche weichen musste. Unser theologischer Gewährsmann, Pfarrer Josef Bommer von St. Martin, hielt es für «zutiefst fragwürdig und unchristlich», ja für einen «Skandal», «wenn wir in unseren staatlich anerkannten Kirchgemeinden Geld in Hülle und Fülle haben, unsinnig teure Kirchen und Kirchgemeindehäuser bauen», während es «unseren Bruderkirchen nah und fern an den primitivsten Mitteln» fehle, «um sich überhaupt über Wasser halten zu können». In Bommers unveraltet revolutionärem Text «Ende des Kirchenbaus?» heisst es, Gemeinden brauchten wohl «eine Heimstatt», «ein Haus für Menschen», die hier zu «Eucharistie und Agape», zu Vorträgen und

Diskussionen zusammenkämen, aber «keine Tempel, keine Gotteshäuser». Kardinal Döpfner wird mit dem Wort zitiert: «Wohnbau ist Dombau!»

Der damalige Dominikaner Antonin Wagner hatte in den «Neuen Zürcher Nachrichten» vom 19. Juni 1969 eine teilweise Umwidmung der Kirchensteuer zugunsten der Dritten Welt angeregt: «Nach diesem Vorschlag wäre jedes Einkommenssteuerpflichtige Kirchenmitglied berechtigt, einen bestimmten Prozentsatz von seiner Steuerschuld abzuziehen und für Aufgaben der Entwicklungshilfe einzusetzen.» Daraus wurde ein Programmpunkt der «Aktion für Demokratie in der Kirche», als deren Sprecher Antonin Wagner ebenfalls auftrat.

Die Industrie als Vorbild

Das Fass zum Überlaufen brachte eine beispiellose Polarisierung, die «von oben», von der Zentralkommission, ausging. Die «Schaffhauser AZ» titelte gar: «Regiert der Waffenhandel in die Kirche hinein?» (29.6.1972) Grund zur Sorge gab die Wahl von Stephan Renz, einem Direktor der Waffenschmiede Oerlikon-Contraves, zum Präsidenten der Zentralkommission. Renz mischte sich in «immaterielle Fragen» ein, für die er weder zuständig noch gewählt worden war, und gab vor, damit die «Schweigenden in der Kirche» (NZN 4.6.1971) zu vertreten. Er war treibende Kraft hinter einem «Strukturmodell für die katholische Kirche im Kanton Zürich», das sich für die Leitung der Kirche die «Organisation des Industriebetriebes» zum Vorbild nehmen wollte. Von diesem «Kirchenbild» distanzierte sich selbst der Bischof von Chur. Das «Strukturmodell», schrieb Johannes Vonderach, lehne «sich zu stark an wirtschaftliche Organisationsformen an», werte «die staatskirchlichen Organe (Zentralkommission, Kirchenpflege) in einem Masse auf, das vom Kirchenbild her in keiner Weise hingenommen werden»

könne, es sehe die Kirche nicht «als Volk Gottes» und lasse «keinen Raum für etwas Typisches an der Kirche: das geistgewirkte Charisma und die Prophetie». Zuvor hatten weit über sechzig Geistliche das «Strukturmodell» kritisiert. «Wer in der Kirche Zürichs pastoral tätig ist», hiess es in ihrer Eingabe, «merkt immer mehr, wie die pastoralen Entscheidungen von den finanziellen überstimmt werden.»

Stephan Renz argumentierte scheinbar unpolitisch, um seine rechtsbürgerlichen Interessen durchzusetzen. Sein «Strukturmodell» berief sich auf eine Umfrage in der katholischen Bevölkerung, um der Kirche das politische Mandat zu bestreiten. Wenn die Mehrheit keine politische Kirche wolle, so ergebe sich daraus doch schlicht und einfach «das Bild einer Kirche, die in einem politisch und sozial geordneten Staat lebt». Auf dieser Schiene agierte Renz auch im gesamtschweizerischen Rahmen der «Römisch-katholischen Zentralkonferenz», deren Präsident er ebenfalls war, und lehnte es zum Beispiel ab, «Justitia et Pax» aus Steuermitteln zu finanzieren; denn die Bischöfe würden mit dieser ihrer gesellschaftspolitischen Kommission einer «Verpolitisierung der Kirche» Vorschub leisten. Durch politische Stellungnahmen der Kirche würden Andersdenkende diskriminiert, gar «die Gewissensfreiheit einzelner oder ganzer Gruppen» verletzt, wie es in einem Dokumentationspapier vom 16. Juni 1971 hiess. Als negatives Beispiel diene die Parole von «Brot für Brüder» zur Abstimmung über das Waffenausfuhrverbot... Wenn die «Römisch-katholische Zentralkonferenz» später doch noch zurückkrebsen musste, so war das auf eine wachsende Empörung in der kirchlichen Öffentlichkeit und kaum auf eine Zachäus-Konversion zurückzuführen.

Parteipolitik

Umgekehrt hielt das «Strukturmodell» die CVP für so wichtig, dass es die Kir-

chenpflegen gar noch mit dem «Organisieren christlicher Parteien» beauftragen wollte. Das wäre dann keine «Verpolitisierung der Kirche» gewesen. Auch die «Neuen Zürcher Nachrichten» wurden mit Steuergeldern unterstützt, weil sie ein CVP-Blatt und nicht, weil sie nebenher auch noch katholisch waren. Gegen die Subventionierung einer politisch und theologisch offenen Zeitung hätten wir nichts einzuwenden gehabt, aber genau das durften die NZN nicht sein. Als sie Ende der 1960er Jahre bis Mitte 1972 auf dem besten Weg dazu waren, wechselten plötzlich 51 Prozent der Aktien der «NZN-Verlags-AG» den Besitzer. Der Deal war feingesponnen und komplizierter, als ich ihn hier erörtern könnte. Jedenfalls sass im Vorstand der neuen Verlags-AG wiederum Stephan Renz. Die fortschrittlichen Redaktoren wurden ausgebootet und durch parteikonforme Leute ersetzt. Als ein Jahr später auch noch Heinz Löhner aus der Redaktion der Zeitungsbeilage «Christ und Kultur» verdrängt wurde, hielt er mit deutlichen Worten über die «schon wieder übermächtigen reaktionären Kräfte» (NZN 29.12.1973) nicht zurück. Von solch skandalösen «Säuberungsaktionen» ist in diesem Buch nicht einmal andeutungsweise die Rede.

Der Zorn aller halbwegs fortschrittlichen katholisch Gläubigen im Kanton Zürich richtete sich damals nicht gegen «Chur», sondern gegen die Zentralkommission. Doch was darf Stephan Renz im vorliegenden Buch zu seiner Tätigkeit von 1968 bis 1975 unhinterfragt verlauten lassen? Ich lese und reibe mir die Augen: «Es war wie ein Spriessen im Frühling. Nicht nur Gebäude entstanden, es gab ja auch das Zweite Vatikanische Konzil, das mit dazu führte, dass auch bei uns ein geistiger Aufschwung stattfand. Man hatte das Gefühl: Jetzt öffnet sich die Kirche, es weht ein neuer Geist.» (S. 163) Das Problem dieses Buchs ist nicht, dass Renz sich heute der Avantgarde jenes «geistigen Auf-

schwungs» zurechnet, sondern dass die andere Seite, die durch den «Aufschwung» à la Renz unter die Räder geriet, keine Stimme erhält.

Ein «vergessener» Wahlkampf

1971 ist die «Aktion für Demokratie in der Kirche» mit einer Sechserliste zur Wahl um die fünfzehnköpfige Zentralkommission angetreten. Das galt schon beinahe als Sakrileg, waren doch die Mitglieder der Zentralkommission in den beiden vorhergehenden Wahlen auf einer «Einheitsliste» durchgewinkt worden, um angeblich einem «freiwilligen Proporz» zwischen Stadt und Land, Klerus und Laien Rechnung zu tragen. Doch die «Aktion» sprengte die Scheinharmonie, verlangte Auswahlkriterien, die sich nach dem innerkirchlichen Meinungspluralismus und nach den Charismen des Volkes Gottes richteten. Auf der Liste mit dabei war auch Manfred Züfle, mein späterer Freund und Mitarbeiter bei den *Neuen Wegen*, während ich mich auf die publizistische Unterstützung im «Volksrecht» und im «Tages-Anzeiger» beschränkte. Wie sich im Wahlkampf zeigte, hatte die «Aktion» die Sympathien der Presse bis zu Hanno Helbling in der NZZ auf ihrer Seite. Bei den Wahlen erreichten unsere Kandidatinnen und Kandidaten im Schnitt über dreissig Prozent der Stimmen. Bei einer Proporzwahl hätten wir locker fünf Sitze geholt, wegen der Majorzwahl blieb es beim «Achtungserfolg».

Präsident der für die «Einheitsliste» verantwortlichen Wahlkommission war der Jurist Andreas Henrici, der sich im vorliegenden Buch in einem Interview zu seiner Funktion äussert. Was er sagt, ist nicht falsch, aber nur die halbe Wahrheit. Er sagt, 1963 sei das «Ziel» seiner Wahlkommission gewesen, «eine möglichst ausgewogene Liste zusammenzustellen». Man habe in jenen Zeiten des «Milieukatholizismus» die Kandidaten «unter den Treusten der Treuen ausgewählt». «Und dann mussten wir beten,

dass niemand auf die Idee kam, eine andere Liste einzurichten.» Dass sein Gebet acht Jahre später, 1971, nicht erhört wurde, bleibt ungesagt. Sonst müsste er ja wohl auch hinzufügen, er habe gegen die Leute von der «Aktion für Demokratie» angeschrieben, sie seien nichts weiter als «frustrierte Aussenseiter». Ich lese auf einer vergilbten Seite der NZN (1.6.1971) Dinge, die auf dem Glanzpapier dieses Erinnerungsbuchs wohl etwas gar peinlich daherkämen. So hatte die Wahlkommission laut Henrici «bloss ein Amt und keine Meinung», und auf der «Einheitsliste» figurierten «ganz einfache Leute, die still und bescheiden im Sinne des Gemeinwohls ihre Pflicht tun». Dem liess er seine Spitze gegen die «Aktion für Demokratie in der Kirche» folgen: «Aber es gibt offenbar auch in der Kirche Gruppen, die unglücklich wären, wenn sie sich nicht frustriert vorkommen könnten, und die daher sorgfältig darauf achten, immer Aussenseiter zu bleiben.»

«Erst später fand man», so Henrici weiter, «es wäre gut, mehr Leute an den Entscheidungen zu beteiligen, und die Synode wurde erfunden.» Warum wird hier und anderswo nicht gesagt, dass die Einführung einer Synode zum ersten Mal im Wahlprogramm der «Aktion für Demokratie in der Kirche» gefordert oder eben «erfunden» wurde? Es dauerte dann noch elf Jahre, bis die Synode 1982 endlich kam und im darauf folgenden Jahr zu arbeiten anfang. Als Katalysator dieser Entwicklung und insbesondere der Entflechtung des ganzen Kirchenwesens vom Staat erwies sich jedoch die von der Freidenkervereinigung «Autonome Humanisten» lancierte «Kantonalzürcherische Volksinitiative für eine Trennung von Staat und Kirche», die 1977 mit einer Dreiviertelmehrheit abgelehnt wurde. Empört über die Verstocktheit der Kirchen sowie der «christlich» bis «freisinnig» firmierenden Parteien im Umgang mit Gegenvorschlägen der SP – die heute weitgehend verwirklicht sind –, habe ich in der

Schlussphase die damalige Trennungsinitiative als das «kleinere Übel» unterstützt. Aber das wäre eine nochmals andere Geschichte.

Hin zu einem offenen Katholizismus

Ja, es brauchte einige Anstrengung, um den Wandel vom Milieukatholizismus zu einem offenen, dialogfähigen Katholizismus herbeizuführen. Die wichtigste Institution auf diesem Weg war die 1965 gegründete «Paulus-Akademie Zürich». Wenn die Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der Kirchen gerade in linken Kreisen immer grösser wurde und bei der Abstimmung über die rechtsbürgerliche Trennungsinitiative 1995 höher war als beim Elektorat von Freisinn und SVP, so ist das vor allem der «Paulus-Akademie» auf katholischer und dem Tagungszentrum «Boldern» auf reformierter Seite zu verdanken. Dass die «Paulus-Akademie» massgeblich durch Max Keller, ihren Direktor, während ganzen dreissig Jahren von 1975 bis 2004, geprägt wurde, wäre eine besondere Würdigung wert gewesen. Warum sie ausgeblieben ist, bleibt für mich mehr als erklärungsbedürftig.

Der einzige Konflikt, der in diesem Buch breiten Raum einnimmt, ist der Widerstand der staatskirchlichen Organe gegen Wolfgang Haas, der nicht nur einen falschen Dokortitel, sondern auch einen falschen Bischofstitel führte. Johannes Vonderach hatte den Herrn Haas bekanntlich unter Umgehung der Mitbestimmungsrechte des Domkapitels zu seinem Koadjutor mit Nachfolgerecht ernannt. Das Kirchenvolk hätte die Rechtmässigkeit dieses «Bischofs» nicht anerkennen müssen und war dazu angesichts seiner Amtsführung, beginnend mit der willkürlichen Absetzung des allseits geschätzten Zürcher Generalvikars Gebhard Matt, auch immer weniger bereit. Das Buch zeigt, wie die staatskirchlichen Organe in diesem Fall eine unerwartet gute und erfolgreiche Rolle spielten.

Überhaupt gibt es an der seitherigen Geschichte der «Römisch-katholischen Körperschaft» wenig auszusetzen. Ich erinnere mich deshalb besonders gern an die Gratulationsworte von René Zihlmann, dem Präsidenten der Zentralkommission 1994 bis 2007, am Jubiläum «100 Jahre *Neue Wege*» im Zürcher Stadthaus. Nach dem Ende des Milieukatholizismus sind es in diesem Buch auch nicht mehr CVP-Politiker, die als Förderer der Kirche(n) zu Wort kommen, sondern SP-Politiker wie Markus Notter als ehemaliger Regierungsrat und Architekt des neuen Kirchengesetzes oder alt Stadtpräsident Josef Estermann, dem «vor allem der engagierte, aufmüpfige Teil der Kirche gefällt» (S. 181). Sie und die grüne ehemalige Stadträtin und Sozialvorsteherin Monika Stocker, die auf ihre heutige Arbeit beim «Christlichen Friedensdienst» und bei den *Neuen Wegen* hinweist, würdigen das soziale Engagement der staatlich anerkannten Kirchen. Weihbischof Henrici, der ehemalige Generalvikar, bestätigt diese Sicht und nennt «die staatskirchenrechtlichen Organe» in seiner hier wiedergegebenen Jubiläums-Predigt gar den «diakonischen Arm der Kirche» (S. 249). Sein Wort in Gottes Ohr!

Zeiten, die sich ändern, bringen Ungleichzeitigkeiten mit sich, wie sie sich in diesem Buch niederschlagen. Wohl die meisten Beiträge dürften auch kritische, noch an Kirche interessierte Leserinnen und Leser ansprechen. Wenn ich mehr Platz für die Auseinandersetzung mit zu viel Selbstlob über einen alles andere als unproblematischen Zeitabschnitt verwende, so um der Gerechtigkeit willen, die ich vor allem meinen damaligen Mitstreitern und Mitstreiterinnen für einen offenen und demokratischen Katholizismus schulde. Sie gehören zu unserer Erinnerungskultur. ●

Willy Spieler war während mehr als dreissig Jahren Redaktor der Neuen Wege.

spieler@goldnet.ch